Inforeader Globalisierung

grüne jugend
Bundesverband

in Vorbereitung auf den

G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm

Inhaltsverzeichnis

Klimawandel – unser Schwerpunktthema....3
Internationale Steuern....10
Nahrung für die Welt! Wie können wir Ernährungssicherheit global erreichen....12
(Un)fairer Handel....14
Welthandelsrecht....16
Freies Reisen....18
Migration....20
Handlungsfähigkeit der Entwicklungsländer stärken....22
Glossar....25

Redaktion: Anna Cavazzini, Kathrin Henneberger, Nadine McNeil, Paula Riester

AutorInnen: Anna Cavazzini, Jakob Ache, Kai Wilken, Karl Bär, Kathrin Henneberger, Michael Kömm, Nadine McNeil, Paula Riester,

Klimawandel

von Kathrin Henneberger und Paula Riester

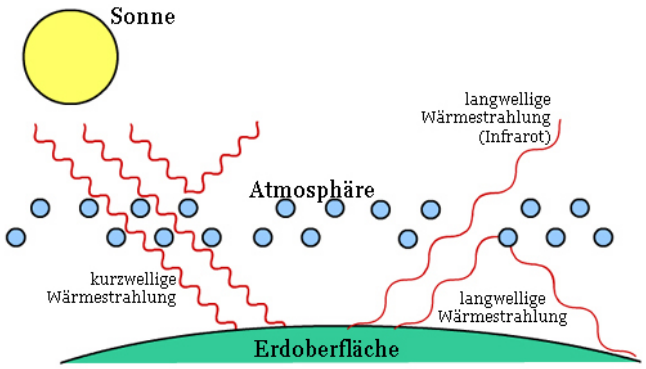
Der durch die steigenden Treibhausemissionen verursachte Klimawandel wird die Menschheit in den nächsten Jahren, Jahrzehnten und Jahrhunderten in Atem halten. Es wird eine Existenzfrage des Lebens auf unserer Erde. Die Industriestaaten sind die HauptproduzentInnen der Treibhausgase. Eben diese treffen sich auf dem G8-Gipfel 2007 in Deutschland. Sie haben es in der Hand wie der Klimaschutz über Kyoto hinaus gestaltet wird.

Wir haben deshalb den Klimawandel und die Herausforderungen durch ihn zu dem Schwerpunktthema der GRÜNEN JUGEND Aktivitäten für den G8-Gipfel 2007 gemacht. Die Industriestaaten werden wir nicht aus ihrer Verantwortung entlassen, denn unsere Zukunft und die der ganzen Welt steht auf dem Spiel! Das Thema Klimawandel bedeutet nicht nur Ökologie und Umweltschutz. Es geht um die zentrale Frage der sozialen Gerechtigkeit. Denn eben jene Entwicklungsländer der südlichen Hemisphäre, die am geringsten die Atmosphäre verschmutzen, werden am schwersten vom Klimawandel betroffen sein.

1. Der Treibhauseffekt und die Ressourcen

Treibhauseffekt?

Ohne den natürlichen Treibhauseffekt wäre die Durchschnittstemperatur auf der Erde empfindlich kälter. Sie läge bei –18 Grad Celsius. Mit dem natürlichen Treibhauseffekt in unserer Atmosphäre ist die Durchschnittstemperatur um 33 Grad höher. Liegt also bei + 15 Grad Celsius. In der Erdatmosphäre bewirken die Treibhausgase wie Kohlendioxid (CO2), Methan (CH4) und Lachgas (N20) seit Bestehen der Erde einen natürlichen Treibhauseffekt.



Kurzwellige Strahlen der Sonne treffen auf die Atmosphäre und die Erdoberfläche. Etwa ein Drittel der eingestrahlten Sonnenenergie wird von der Atmosphäre direkt wieder zurück in das Weltall gestrahlt. Die restlichen zwei Drittel werden von der Erdatmosphäre aufgenommen. Der größte Teil davon wird von der Landfläche, den Ozeanen und dem Eis absorbiert. Die auf die Erdoberfläche aufprallenden, kurzwelligen Wärmestrahlen von der Sonne werden nun in langwellige Wärmestrahlen umgewandelt und wieder zurück gestrahlt. Die Treibhausgase, die sich wie ein Dach um die Erde in der Atmosphäre sammeln, lassen die kurzwelligen Sonnenwärmestrahlen beinahe ungehindert passieren. Die langwelligen Wärmestrahlungen werden hingegen wieder zurück auf die Erde reflektiert. So heizt sich die Atmosphäre auf, wie sich im einem Treibhaus die Hitze unter dem Dach staut.

Die Menschen beeinflussen das Klima!

Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts ist die Durchschnittstemperatur

des Weltklimas 0,6 - 0,7 Grad Celsius gestiegen. Um 1,4 bis 5,8 Grad wird die globale Durchschnittstemperatur bis 2100 steigen. Nach Meinung von Umweltorganisationen und WissenschaftlerInnen weltweit ist der Mensch selbst für diese extrem schnelle Erwärmung der Erde verantwortlich. Durch die industrielle Revolution des 19. und 20. Jahrhunderts stieß der Mensch immer mehr und mehr CO2 und andere Treibhausgase in die Atmosphäre. Sie werden durch die Verbrennung von fossilen Energieträgern wie Öl, Kohle, Gas, Holz und anderen Biomassen produziert. Das kann ganz konkret nachgewiesen werden: früher betrug das CO2 in der Atmosphäre 280 ppm (parts per million), heute schon 380 ppm! Die Konzentrationsszenarien zeigen im Jahr 2100 Werte zwischen 540 und 970 ppm. Das wichtigste und gefährlichste Treibhausgas ist Kohlenstoffdioxid (CO2). Gegenüber dem vorindustriellen Niveau ist die CO2-Konzentration in der Atmosphäre um ein gutes Viertel angestiegen. Es entsteht zu 95 Prozent bei der Verbrennung fossiler Brennstoffe. Das zweitwichtigste Treibhausgas ist Methan (CH4). Es entsteht bei der Tierhaltung, im Nassfeld-Reisbau, aus dem Kohlebergbau, während der Gasförderung und in Mülldeponien. Das Gas N20 entsteht durch die Stickstoffdüngung in der Landwirtschaft, bei der Umwandlung von Tropenwäldern in Weideland, der Verbrennung von Biomasse und verschiedenen industriellen Prozessen.

Im Februar 2007 wird ein besorgniserregendes Dokument in die Öffentlichkeit gelangen: der neue UNO-Klimabericht des ExpertInnengremiums IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change). Die AutorInnen – über hundert ExpertInnen der Klimaforschung – fassen die Ergebnisser aller weltweit erstellten Studien zum diesem Thema zusammen und kommen, wie erste Entwürfe zeigen, zu einer dramatischen Lageeinschätzung: Seit 20.000 Jahren hat es keinen so schnellen Temperaturanstieg wie im letzten Jahrhundert gegeben – bis 2100 wird ein weltweiter Anstieg von 4,5°C prognostiziert. Die Konzentration von Kohlendioxid, Methan und Lachgas in der Atmosphäre ist die höchste seit 650.000 Jahren und das Abschmelzen der Polkappen wird wohl kaum noch zu verhindern sein. Damit steht der Bericht des IPCC in einer Reihe mit einer ganzen Scharr von weiteren Klimastudien der letzten Monate, die einhellig zu dem Fazit kommen, dass die Schnelligkeit des menschengemachten Klimawandels eher unter- als überschätzt wurde. Insbesondere die Entdeckung einer Vielzahl von Rückkoppelungseffekten hat die ForscherInnen dazu geführt, ihre Prognosen zu verschärfen: ab einem bestimmten Anstieg des Klimas setzen globale natürliche Prozesse ein, die den Klimawandel selbst weiter treiben werden – dazu gehört das Auftauen der Permafrostböden bei dem große Mengen klimaschädigendes Methangas freigesetzt werden oder das kontinuierliche Abschmelzen der Polkappen und des Gletscher Grönlands. Im Klartext heißt dies: wenn es nicht gelingt, den menschengemachten Klimawandel unter 2°C zu halten, dann wird eine Dynamik in Gang gesetzt, die die Folgen des menschlichen Handels noch einmal enorm verstärken wird. Ein Anstieg der globalen Temperatur um mindestens 4°C bis 2100 wird dann kaum noch aufzuhalten sein.

Sehr ungleich verteilt auf der Welt ist der Verbrauch von fossilen Energieträgern und damit die Entstehung von Treibhausemissionen. Die Industrieländer verbrauchen 50 Prozent der gesamten fossilen Energien (Öl, Gas und Kohle). In den

Industrieländern leben aber sehr viel weniger Menschen als in den Entwicklungsländern. Somit kommt es zu einem starken Ungleichgewicht des Energieverbrauchs und der Treibhausgasproduktion. Pro Kopf liegt der Verbrauch von fossilen Energien in den Industrieländern um fünf- bis sechsmal höher als in den Entwicklungsländern. Im Vergleich zu den ärmsten Entwicklungsländern in Afrika ist er bis zu 14-mal höher. Genauso verhält es sich auch mit dem Treibhausgasausstoß. Pro Kopf und Jahr liegt dieser in den Industrieländern bei 12,6 Tonnen, in den Entwicklungsländern bei 2,3 Tonnen. In den letzten Jahren haben einige Entwicklungs- und Schwellenländer ihren Energieverbrauch und ihre Treibhausemissionen stark gesteigert, liegen aber noch bei weitem hinter den Industrieländern zurück. Die Industrieländer sind also VerursacherInnen des Klimawandels auf unserer Erde und stehen deshalb in der besonderen Verantwortung sich für starken, radikalen Klimaschutz einzusetzen.

Die Atmosphäre muss als wichtige Lebensgrundlage verstanden werden. Es ist in aller Interesse diese zu schützen und das funktionierende globale System nicht durch massiven Emissionsausstoß zu stark zu verändern. Das Leben und die Gesundheit aller Menschen hängt daran. Folglich haben auch alle Menschen ein Recht auf eine intakte Atmosphäre. Ein kleiner Teil der Weltbevölkerung macht dieses Recht dem anderen viel größeren Teil streitig.

2. Folgen des Klimawandels

Natürlich gab es in der Erdgeschichte immer Eis und Warmzeiten. Diese jetzige globale Erwärmung hat aber keinen natürlichen Ursprung sondern wurde von den Menschen verursacht. Und sie geht sehr schnell von statten... zu schnell! In Jahrhunderten, sogar in Jahrzehnten kommt es zu einer Klimaschwankung und einem hohen Temperaturanstieg, der sich normal in einem Zeitraum von Tausenden von Jahren abspielen würde. Hier liegt die größte Gefahr des Klimawandels. Die Klimazonen verändern sich nicht langsam sondern immer schneller, was zu immer extremeren Wettererscheinungen wie Wirbelstürme, Sintfluten, und Dürren führt.
Besorgniserregend sind die neuen Studien und Simulationen über die Folgen des Klimawandels: extreme Wetterphänomene wie Dürren, Überschwemmungen, Hurrikans, Sturmfluten oder Tornados werden weltweit zunehmen – und haben bereits zugenommen, wie zwei Jahrhundertfluten innerhalb von drei Jahren in Deutschland oder die Hurrikansaisons der letzten zwei Jahre in den USA gezeigt haben.

Erwärmung der Ozeane

Mit der Erde erwärmen sich die Ozeane mit. Seit 1955 ist die Durchschnittstemperatur um rund 0,04 °C gestiegen. Die Meere erwärmen sich langsamer als die Atmosphäre. Die Folgen sind jedoch katastrophal. Der Meeresspiegel steigt durch die Ausdehnung des sich erwärmenden Wassers und durch die Abschmelzung von Gletschern und der Arktis. Das IPCC hatte Anfang 2001 für dieses Jahrhundert einen Anstieg des Meeresspiegels um insgesamt neun bis 88 Zentimeter vorhergesagt. Das arktische Eis schmolz zwischen 1978 und 1996 um rund 34.000 Quadratkilometer. Während des vergangenen Jahrhunderts zogen sich auch die Gletscher sehr zurück. Rund 30

Prozent der Fläche der europäischen Gletscher sind geschmolzen. Seit 1950 hat sich ihr Gesamtvolumen auf die Hälfte reduziert.

Durch die Erhöhung des Meeresspiegels sind besonders die Deltagebiete betroffen und die niedrigen und oft sehr fruchtbareren Küstenregionen. Etwa die Hälfte der Menschheit lebt in Küstennähe und wäre von einem Meeresspiegelanstieg direkt oder indirekt betroffen. Bis zu 100 Millionen Menschen leben alleine unterhalb der 88 cm, die der Meeresspiegel ansteigen könnte. Salzwasser dringt in Süßwassergrundwasser ein, landwirtschaftliche Fläche wird überschwemmt oder unfruchtbar, viele kleine Inseln werden verschwinden, viele einzigartige und besonders artenreiche Naturräume werden zerstört.
Mit der höheren CO2-Konzentration in der Atmosphäre steigt auch die Konzentration im Meer, was zu einem niedrigeren PH-Wert führt. Korallen und Kleinstlebewesen wie Plankton, die am Anfang der Nahrungskette stehen, kommen mit der Versauerung des Wassers nicht zu recht.

Der Golfstrom

Der Golfstrom fließt mit angewärmtem Wasser oberflächennah von der Karibik nordöstlich bis nach Nordeuropa. Dort kühlt sich das Wasser ab. In der Arktis kommt es zu großflächiger Eisbildung. Hierbei wird dem salzigen Meereswasser das reine Süßwasser entzogen. Es kommt zu einer Anreicherung des Wassers mit Salz. Dies macht das Wasser schwerer, es sinkt in tiefere Schichten und fließt am Grund des Meeres zum Äquator wieder zurück. Dank des Golfstroms ist Europa im Durchschnitt 15 Grad Celsius wärmer als andere Regionen auf den gleichen Breitengraden. Wenn durch das Schmelzen der Arktis das Wasser an Kälte und Salzgehalt verliert, kommt das ganze Zirkulationssystem zum Erliegen, weil das Wasser im Norden nicht mehr in die Tiefe gesogen wird. Das Klima würde sich dahingehend ändern und vergleichbarer mit Regionen im gleichen Breitenkreis werden, zum Beispiel Nordkanada. Mittlerweile wurde festgestellt, dass die mittlere Umwälzgeschwindigkeit des Golfstromes seit 1957 schon um etwa 30 Prozent abgenommen hat.

Artensterben durch Klimawandel

Die schnellen klimatischen Veränderungen verursachen ein globales Artensterben. Die speziell an ihr Ökosystem angepassten Tier- und Pflanzenarten können nicht schnell genug mit den sich verschiebenen Klimazonen mitwandern, oder sich an die neuen Umweltbedingungen anpassen. Viele Tier- und Pflanzenarten sind durch den Klimawandel vom Aussterben bedroht. Nach Schätzungen des Bundesamtes für Naturschutz in Deutschland allein fünf bis 30 Prozent der heimischen Arten.

Folgen für den Menschen

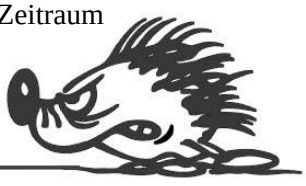
Diese Änderungen werden dramatische Auswirkungen auf die Menschen haben. Eine Studie des DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) von 2004 kommt zu dem Ergebnis, dass der Klimawandel ab dem Jahr

2050 weltweit 2 Billionen Dollar Schäden pro Jahr verursachen wird – wenn nicht sofort Reduktionsmaßnahmen bei den Klimagasen ergriffen werden. Diese Schäden werden nicht gleichmäßig verteilt sein: besonders betroffen werden insbesondere Menschen in Ländern sein, die bislang zu den am wenigsten entwickelten Regionen der Welt gehören – also die Armen und Ärmsten. Gerade in diesen Regionen nehmen ökologische Krisen rapide zu. In Afrika, Zentralasien, Nordindien und Südamerika sind immer mehr Landflächen akut von Verwüstung und Bodenerosion bedroht. Durch Degradation des Bodens, durch verstärkte Wüstenbildung und durch Überschwemmungen von gesamten Landstrichen wird die vom Menschen nutzbare Fläche insgesamt zurück gehen. Die allgemeine Bodenfeuchte wird im Inneren der Kontinente abnehmen. Dadurch kommt es zu großen Ertragsrückgängen und Ernteausfällen. Nach dem IPCC könnte es bis 2030 jährliche Produktionsrückgänge von 10 Prozent geben. 900 Millionen bis 1,8 Milliarden Hungertote werden die Folge sein. Die Hungersnöte betreffen fast ausschließlich die Länder des Südens.

Durch die Erwärmung breiten sich vermehrt Krankheiten aus. Immer mehr Regionen der Welt werden von Malaria und Denguefieber befallen sein. Vielen Entwicklungsländern fehlen die Technologien und Infrastruktur, um sich vor den Folgen des Klimawandels zu schützen. Auch Probleme wie Wassermangel sind in vielen Ländern des südlichen Afrika und im Sahel bereits jetzt zur Regel geworden. Bereits heute haben 1,1 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberen Wasser. Durch Verwüstung, Verschmutzung und auch durch das Steigen des Meeresspiegels wird Süßwasser immer kostbarer und für immer mehr Menschen unbezahlbar.
Wenn der Boden und die Natur aufgrund von Übernutzung nicht mehr nutzbar sind, sind Menschen gezwungen ihren Wohnort zu verlassen, so dass die Zahl der Umweltflüchtlinge mittelfristig ansteigen wird. Viele Menschen machen sich in Richtung Industrieländer auf und werden an den Grenzen zurückgewiesen. Die Folge können Verteilungskämpfe um immer knapper werdende Flächen sein. Schon jetzt werden Kriege nicht nur um Öl, sondern auch um Lebensraum, um Nahrung und um Wasser geführt.

Doch auch die Industrieländer werden betroffen sein. Die bereits erwähnte Studie des DIW berechnet bis 2050 137 Milliarden Euro kumulierte Schäden nur für Deutschland. Danach werden die Schäden ohne Gegenhandel noch weiter ansteigen. Doch schon jetzt sind das pro Jahr 3 Milliarden Euro. Geld das an anderen Stellen fehlt.

Eng mit der Klimaproblematik hängt das Problem der Ressourcen zusammen – auch wenn beide Probleme nicht völlig identisch sind. Die Abhängigkeit der Industrieländer von endlichen Ressourcen im allgemeinen, und von den fossilen im speziellen ist einer der wesentlichen Triebkräfte für den Klimawandel. Zugleich ist diese Abhängigkeit, insbesondere die vom Öl, eines der größten potentiellen Risiken für die wirtschaftliche und sicherheitspolitische Stabilität der Welt. Denn die Anzeichen mehren sich, dass der Förderhöhepunkt (peak) von Öl, aber auch von Gas, Kohle und Uran nicht in weiter Ferne, sondern in einem Zeitraum von 20 bis 50 Jahren liegen wird. Damit wird nicht nur der Preis



dieser Rohstoffe immer weiter steigen, sondern auch die geopolitischen und militärischen Machtkämpfe um den Zugang dieser Ressourcen zunehmen. Auch wenn nicht hinter jedem Agieren der USA oder der NATO die Gier nach Öl steckt, ist doch eine klare Tendenz festzustellen, dass sich die Außenpolitik der USA und anderer NATO-Staaten, aber auch von China, Indien und Brasilien, wieder stärker um die Sicherung wichtiger Ressourcenlager dreht. Damit einhergehen kriegerische Interventionen, vor allem aber ein Einknicken bei der Verteidigung der Menschenrechte, wo es angesichts angeblicher geopolitischer Interessen geboten scheint.

Klimaschutz wird somit zur Armutsbekämpfung. Auf dem G8-Gipfel 2007 möchte Angela Merkel Armut zu einem der zentralen Themen machen. Wir werden sie daran erinnern, dass Armutsbekämpfung, soziale Gerechtigkeit und radikaler globaler Klimaschutz nicht mehr zu trennen sind.

3. Klimawandel verhindern!?

Lässt sich der Klimawandel noch verhindern? Nein, die Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre hat sich in den letzten 100 Jahren durch den Menschen zu stark erhöht. Wir können ihn nicht mehr stoppen, wir können lediglich beeinflussen wie extrem der Klimawandel zunehmen wird. Die Bremswege werden aber immer kürzer, deswegen dürfen wir nicht mehr warten. Wir müssen handeln – SOFORT!

Die Atmosphäre der Erde und ihr Lebensraum gehören allen Menschen zu gleichen Teilen, denn alle Menschen sind mit ihrem Leben von ihnen abhängig. Deswegen steht jeder Mensch auch in der gleichen Verantwortung die Atmosphäre nicht mit der Überproduktion von Treibhausgasen zu belasten. Ein kleiner Teil der Weltbevölkerung nimmt sich das Recht heraus zum Schaden des weitaus größeren Teiles das Recht auf einen intakten Lebensraum indirekt durch sein Konsumverhalten zu missachten.

Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien haben sich in den letzten Jahren aufgemacht die Industriestaaten einzuholen. Ihr Verbrauch an Ressourcen und ihr Ausstoß an Treibhausemissionen hat sich dadurch vervielfacht, mit schwerwiegenden Auswirkungen für die Umwelt. Alle Menschen haben das gleiche Recht auf Wohlstand. Die Entwicklungs- und Schwellenländer beanspruchen dies mit gutem Recht. Erreichen werden sie es nur, wenn sie aus unseren begangenen Fehlern lernen und von Anfang erneuerbare Energien und energieeffiziente Technologien setzen. Dabei dürfen wir aber nicht mit dem erhobenen Zeigefinger auf sie zeigen, sondern sie dabei unterstützen. Viel wichtiger ist jedoch, dass wir in den Industrieländern unseren Ressourcenverbrauch herunterfahren. Denn so wie wir derzeitig leben, kann nicht die ganze Welt leben. Deshalb müssen auch wir verzichten können. Eine Minderung unserer Lebensqualität bedeutet dies aber jedoch nicht. Sie wird eher höher, da weniger Umweltbelastungen auch unserer Gesundheit zu Gute kommen.

Um weniger Treibhausgase auszustoßen müssen wir in den

Industrienationen weniger Ressourcen verbrauchen. Die erneuerbaren Energien müssen die fossilen Energieträger ablösen. Die Energieeffizienz von Technologien muss gesteigert werden. Das Verhalten der EnergieverbraucherInnen, ob nun die Industrie, die Wirtschaft oder der private Haushalt muss sich ebenfalls ändern. Dies bedeutet nicht gleichzeitig Lebensqualität zu verlieren. Beim Bau von Passivhäusern wird z.B. fast 100 Prozent der ansonsten für die Beheizung verbrauchten Energie eingespart und trotzdem muss keineR frieren! Förderung des ÖPNV und Verlagerung des Verkehrs vom Auto auf Bahn, Fahrrad und Fuß tragen mit zum direkten Klimaschutz bei.

Durch erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energiesparen haben wir die Chance den totalen Klimakollaps zu verhindern! Klimaschutz ist somit eine Aufgabe der gesamten Gesellschaft.
Unabdingbar ist auch die internationale Einführung einer Kerosinsteuer. Der Schaden, der durch den Flugverkehr entsteht, muss im Preis zu spüren sein. Auch einer Erhöhung der Ökosteuer ist ein gutes Mittel, um den Verbrauch von Benzin direkt zu verringern. Der ökologische Rucksack eines Produktes muss durch den Preis sichtbar gemacht werden, desweiteren sind transparente Informationen über Herstellung, Inhaltstoffe und Transport der Waren von Nöten.

Die Erdatmosphäre kennt keine Grenzen. Die Auswirkungen des Klimawandels ebenso wenig. Deswegen müssen Klimaschutzabkommen auch multilateral erfolgen. Durch Kyoto wurde ein Anfang gemacht. Kyoto reicht aber nicht aus. Zudem werden die dort vereinbarten Treibhausgasreduktionen kaum eingehalten und der größte CO2-Produzent, die USA beteiligen sich nicht. Wir brauchen ein internationales wirksames Klimaschutzabkommen, das alle Staaten, Firmen etc. mit effektiven Sanktionsmöglichkeiten zu konkreten Klimaschutz verpflichtet.
Nach dem Verursacherprinzip stehen die Industrienationen in der höchsten Verantwortung und müssen den größten Teil der Reduktionslasten übernehmen. Ein demokratisches Mittel wäre ein Pro Kopf Emissionsrecht. Jeder Mensch dürfte die gleiche Menge an Treibhausemissionen produzieren. Die Rechte bekämen die Länder entsprechend der dort lebenden Bevölkerungsanzahl. Die Länder können diese Emissionsrechte nun gewinnbringend versteigern. An die heimische Industierwirtschaft wie an andere Staaten. Dabei muss gesetzlich darauf geachtet werden, dass die Industrieländer den ärmeren Länder nicht alle Emissionsrechte wegkaufen. Die Industriestaaten werden dadurch gezwungen teure Emissionsrechte einzukaufen. Die ärmeren und bevölkerungsreicheren Länder der Erde bekommen eine zusätzliche Finanzhilfe. Das Geld sollte vor allem für die Förderung von Forschung und Entwicklung neuer Technologien eingesetzt werden.

International(e) Steuern

von Jakob Ache

Seit der Existenz organisierter Gemeinwesen ist Besteuerung eine genuine Aufgabe des Staates – je moderner Staatlichkeit wurde, verbunden mit einem Ausbau der Zuständigkeiten, desto wichtiger wurde dieses Instrument. Es herrscht ein – auch von den seriösen Neoliberalen – getragener Konsens, dass so genannte öffentliche Güter, die der Markt nicht oder nicht zufriedenstellend anbieten kann, dem Aufgabenbereich des Staates zuzurechnen sind. Dazu gehören zum Beispiel Bildung, Sozialsysteme, Sicherheit oder Umweltschutz. Im Zuge einer fortschreitenden Globalisierung ergeben sich an dieser Stelle zwei grundlegend neue Probleme. Zum ersten werden auch viele öffentliche Güter immer globalisierter: Das Gut Sicherheit beispielsweise konnte in den letzten Jahrzehnten immer weniger über rein nationalstaatliche Tätigkeit sichergestellt werden; beim Umweltschutz war dies schon immer der Fall, dramatisiert sich aber durch die erhebliche Ausweitung dieses Problems in letzter Zeit erheblich. Zum zweiten eröffnet die wirtschaftliche Globalisierung scheinbar unerschöpfliche Möglichkeiten der Steuerumgehung, der die Nationalstaaten allein nicht Herr werden können, weil sie gegeneinander ausgespielt werden. Das bekannte „race to the bottom“ der Steuersätze ist die Folge.

Diese nicht zu leugnenden Beobachtungen rufen geradezu nach interstaatlicher Kooperation – und dennoch: Angesichts ihres bereits fortgeschrittenen Machtverlustes und des angesprochenen Paradigmas der Bindung von Steuern an den Nationalstaat klammern sich Regierungen oft vehement an ihre noch verbliebene steuerpolitische Souveränität. Dies ist jedoch paradox: Denn gerade durch das Festhalten an ausschließlich nationaler Steuerhoheit verlieren die Regierungen an Einfluss – indem öffentliche Güter weniger effizient bereitgestellt werden können und die Steuereinnahmen wegbrechen.

Bereits 1972 wurde der erste Vorschlag einer im Kern internationalen Steuer vorgestellt: Die Steuer auf Devisentransaktionen, also auf den Tausch von Währungen, besser bekannt als Tobin-Steuer. Dass wir heute nicht wesentlich näher an einer Realisierung der Idee sind als in den 70er Jahren, obwohl sie breit diskutiert und weiterentwickelt wurde, zeugt von den Durchsetzungsschwierigkeiten solcher Instrumente. Dennoch nahm Frankreich vor Kurzem eine Pionierfunktion ein, indem es eine Flugticketabgabe einführte – andere europäische Länder folgten. Diese Abgabe ist zwar relativ gering und hat daher praktisch keine ökologische Lenkungswirkung, dennoch war die Einführung ein Paradigmenwechsel, der Vorbildcharakter haben könnte.

Steuern haben im Prinzip zwei Wirkungen: Sie generieren Einnahmen und sie lenken – keine Steuer kann „neutral“ aufgebracht werden, ihre Ausgestaltungsform impliziert immer eine bestimmte Verteilungswirkung. Daher ist die Forderung, dass Steuern nicht steuern dürften, nicht nur politisch fragwürdig, sondern auch gar nicht möglich. Unter der Voraussetzung dieser zwei Wirkungen können internationale Steuern also Lösungsansätze für die beiden oben

angesprochenen neuen Problemfelder bieten. Bei kluger Ausgestaltung können sie eine Lenkungswirkung entfalten, die nationale Steuern nicht (mehr) erreichen und es wird die Option geschaffen, höhere Einnahmen als heute möglich zu erzielen.

Die Lenkungswirkungen internationaler Steuern können sehr unterschiedlich sein: Während die Tobin-Tax beispielsweise darauf abzielt, schädliche Spekulationen auf den globalisierten Finanzmärkten zu verhindern, verteuert eine Flugticketabgabe oder eine Kerosinsteuer die Umweltverschmutzung. Wieder andere Vorschläge, wie die Besteuerung von Finanzflüssen in Steueroasen, sollen die Steuerflucht eindämmen.

Häufig wird diskutiert, die Einnahmen dieser Steuerarten zweckgebunden der internationalen Entwicklungshilfe zur Verfügung zu stellen, auch die französische Flugticketabgabe ist so konzipiert. Auch wenn bei vielen Steuern die Lenkungswirkung im Vordergrund steht – und die Entwicklungsfinanzierung ohnehin gewährleistet sein müsste – hat dieser Vorschlag doch seinen Reiz, da so eine verlässliche Einnahmequelle für diesen heute weltweit desolat finanzierten Bereich geschaffen würde. Leider setzt in Deutschland Finanzminister Steinbrück die unsägliche Tradition seines Vorgängers Eichel fort, innovativen Steuerarten äußerst skeptisch gegenüber zu stehen und in den USA scheint es ohnehin tabu, über eine derartige Aushöhlung nationalstaatlicher Kompetenz zu diskutieren. Dennoch muss dieses Thema in der Debatte bleiben und die Schritte Frankreichs und einiger Länder dürfen nur ein Anfang sein. Wenn sich die G8-Staaten ernsthaft für eine bessere Entwicklungspolitik einsetzen würden, muss das Thema „Internationale Steuern“ auf ihre Tagesordnung.

Die 6 wichtigsten Argumente für internationale Steuern:

1. Die Globalisierung wird re-reguliert.
2. Globale öffentliche Güter können besser bereit gestellt werden.
3. Es können gewünschte Lenkungswirkungen entfaltet werden.
4. Es findet eine Umverteilung von Globalisierungsgewinnern zu den -verlierern statt.
5. Höhere Einnahmen werden generiert und könnten etwa für die Entwicklungshilfe verwendet werden.
6. Die Steuerflucht wird erschwert.

Nahrung für die Welt!

Wie können wir Ernährungssicherheit global erreichen

von Nadine McNeil

Auf der Welternährungskonefrenz 1974 setzte sich die internationale Staatengemeinschaft mit einer “Deklaration zur Beseitigung von Hunger und Fehlernährung” das Ziel, dass “innerhalb eines Jahrzehnts kein Kind mehr hungrig zu Bett gehen wird, keine Familie mehr um das Brot für den nächsten Tag zittern muss und dass kein Mensch mehr seine Zukunft und seine Fähigkeiten durch Unterernährung verkümmern sieht.” Heute, über 50 Jahre später, wird die Zahl der unter- bzw. mangelernährten Menschen mit fast 830 Millionen beziffert.
Dabei ist Nahrung global gesehen kein besonders knappes Gut. Die weltweit produzierte Menge an Lebensmitteln würde ausreichen um alle Menschen ausreichend zu ernähren. Das Problem ist – ähnlich wie beim Wasser – ein anderes. Es ist ein Problem der ungerechten Verteilung von Armut und Reichtum. Nur so ist zu erklären, dass trotz global steigender Pro-Kopf-Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln keine Verbesserung der Ernährungssituation eintritt.

Die Grüne Revolution Anfang der 60er Jahre hat hierfür einen traurigen Beweis geliefert. Ihr “Begründer” Norman Borlaug, der für die Zucht seines Wunderweizens sogar den Nobelpreis bekam, versprach mit ihr den Sieg über den Hunger in der Welt. Das Wesentliche an der Grünen Revolution war der Anbau homogenen Hybrid-Saatgutes - hauptsächlich Reis, Weizen und auch Mais - in großflächigen Monokulturen. Das führte zwar zu einer erheblichen Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge, doch die Intensivierung und Mechanisierung der Landwirtschaft erforderte hohe Investitionen. Zudem fielen Kosten für das neue Saatgut, die dafür nötigen Bewässerungsanlagen und Chemikalien an, so dass mit ihr Konzentrationsprozesse einhergingen, die einen Großteil der Kleinbäuerinnen und -bauern von der Produktion ausgrenzten.

Besonders weitreichend fasste die Grüne Revolution in Asien Fuß, fand aber auch in Lateinamerika und Afrika statt sowie in den USA und anderen westlichen Ländern. Überall dort führte sie zur genetischen Erosion - einem Verlust an pflanzengenetischer Vielfalt. Die Monokulturen verdrängten viele alte und traditionelle Landsorten der Kleinbäuerinnen und -bauern. In den Philippinen etwa wurden vor der Grünen Revolution tausende traditionelle Reissorten angebaut, bereits Mitte der 80er Jahre fand man nur noch zwei Sorten auf 98 Prozent der Reisanbaufläche. Dazu kam, dass die riesigen Monokulturen infolge ihrer Uniformität besonders anfällig für Krankheiten und Schädlinge waren. Daher fiel die Ernte für kleinere Betriebe oft trotz Hochertragssaatgut schlecht aus. Viele Kleinbäuerinnen und -bauern gerieten durch Kosten und Risiko in einen Schuldenkreislauf, der sie schließlich die Existenz kostete. Für sie war der Hunger vergrößert worden. Insgesamt trug die Grüne Revolution zu einer sozialen und ökologischen Destabilisierung bei.

Denjenigen, die nicht von der Landwirtschaft leben, bleibt der Zugang zu Nahrung oft schlicht und einfach dadurch verwehrt, dass ihnen die Mittel für den Kauf von Nahrungsmitteln fehlen.

Doch wie ließe sich Ernährungssicherheit für alle Menschen erreichen?

Grundvorraussetzung hierfür ist es den Ländern des Südens ihre Ernährungssouveränität zurück zu geben. Unter Ernährungssouveränität versteht man das Recht eines Landes, seine eigenen Kapazitäten zur Nahrungsproduktion zu erhalten und zu entwickeln, so dass vor allem die nationale und kommunale Nahrungssicherheit gewährleistet und Unterschiede in den Produktionsanforderungen berücksichtigt werden können. Diese Forderung beinhaltet den Ausschluss der Landwirtschaft aus den WTO-Verhandlungen sowie die nationale Souveränität über die eigene Agrarpolitik. Den Kleinbäuerinnen und -bauern muss dabei eine besondere Rolle zukommen, denn sie sind für die lokale Ernährung unverzichtbar und produzieren darüber hinaus zur Zeit rund 80 Prozent der landwirtschaftlichen Produkte weltweit. Für sie muss ein gerechter Zugang zu Land und Wasser, zu Beratungssystemen und Bildung sowie zu angepassten Kreditsystemen geschaffen werden. Darüber hinaus müssten die reichen Länder ihre Agrarsubventionen einstellen um endlich faire Wettbewerbsbedingungen zu ermöglichen.

Von Seiten der WTO müssen Schritte unternommen werden, die der Landwirtschaft in den Ländern des Südens die gebührende Wichtigkeit zukommen lassen. Die Industrieländer wehren sich nach wie vor auf die Bedürfnisse der Länder des Südens einzugehen. Indem sie weiterhin auf die Öffnung der Märkte des Südens für subventionierte Produkte aus dem Norden drängen, zerstören sie die Basis für eine Produktion für den lokalen Markt. Neben den subventionierten Agrarexporten aus dem Norden bedrohen auch Patente auf Saatgut die Ernährungssicherheit zahlloser Kleinbäuerinnen und -bauern, da sie dann nicht mehr das Recht haben selber ihr Saatgut zu entwicklen und anzubauen, sondern vom Saatgut multinationaler Konzerne abhängig sind (siehe Patentierung von Pflanzen). Und auch ökologische Faktoren erschweren die Situation der Kleinbäuerinnen und -bauern und allgemein der Nahrungsmittelproduktion mehr und mehr.

Der exzessive Gebrauch von Chemikalien, die intensive Nutzung der Böden für Monokulturen, die Abholzung von Wäldern sowie der hohe Bedarf an Grundwasser für die Bewässerung von Agroindustrien haben das ökologische Gleichgewicht schwer geschädigt.

Zudem reduzieren Monokulturen und der Anbau von nur einigen wenigen Hochertragssorten die Biodiversität in erschreckendem Maße und erhöhen die Anfälligkeit der Kulturpflanzen für Krankheiten und klimatische Veränderungen. Naturkatastrophen wie Stürme, Überflutungen oder lange Dürreperioden, die aufgrund des menschlich verursachten Klimawandels immer häufiger auftreten, sorgen für Ernteausfälle und erschweren die Produktion immer weiter.

Für das Ziel der globalen Ernährungssicherheit ist der Erhalt der biologischen Vielfalt von zentraler Bedeutung. Denn eine Landwirtschaft, die sich an ökologische sowie okönomische Gegebenheiten anpasst ist nur möglich, wenn die LandwirtInnen aus einer Vielfalt an Pflanzensorten wählen können. Dies macht es uns zur Pflicht, den Reichtum an biologischer Vielfalt und Ressourcen zu bewahren, den wir erst allmählich beginnen zu begreifen. Überall dort, wo es

Überschneidungen und Zweideutigkeiten gibt, sollte die Konvention über biologische Vielfalt Vorrang vor TRIPS, das heißt vor dem Patentrecht auf Leben erhalten, damit die Rechte der Bäuerinnen und Bauern geschützt werden und Ernährungssicherheit im Norden und im Süden gleichermaßen erreicht werden kann.

Langfristig kann Ernährungssicherheit für alle nur dann gesichert werden, wenn nachhaltige Anbaumethoden die konventionelle Landwirtschaft ablösen. Mithilfe verbesserter und angepasster Methoden können die notwendigen Produktionssteigerungen erreicht und gleichzeitig die nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen garantiert werden.
Genausowenig wie die Grüne Revolution wird die Gentechnik nicht zur Lösung des Hungerproblems in der Welt beitragen. Denn eine Technologie ohne Strukturreform kann nichts verbessern. Ein sozialpolitisches Verteilungsproblem ist nicht durch eine „Korrektur“ der Natur behebbar, schon gar nicht, wenn die Technologie in der Hand der Reichen und Mächtigen ist.

(Un)fairer Handel

Dank Globalisierung ist es uns heute möglich das ganze Jahr lang Produkte zu konsumieren, auch wenn diese bei uns gar nicht produziert werden. Kaffee, Tee, Kakao, Zucker, Reis, Bananen, exotische Früchte genauso wie unsere Kleidung werden fast ausschließlich in den Ländern des Südens, in Afrika, Asien und Südamerika produziert. Sie gelangen aber über lange Transportwege in unsere Läden und gehören wie selbstverständlich zu unserem täglichen Konsum. Doch selbstverständlich ist leider nicht, dass diese Produkte in ihren Produktionsländern auch unter den selben fairen Bedingungen hergestellt werden, wie wir sie aus den Industrieländern gewohnt sind.
In den überwiegenden Fällen ist die Bezahlung der ProduzentInnen schlecht, sind die sozialen und ökologischen Mindeststandards niedrig und die Arbeitsverhältnisse unsicher. Die Preisverhältnisse auf dem Weltmarkt drängen die KleinbauerInnen, die die Rohstoffe anbauen, aufgrund ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit in Armut. Weil die EndverbraucherInnen in den reichen Ländern des Nordens weiter billige Produkte fordern, bangen die Menschen in den Entwicklungsländern um ihre Existenz.
Darüber, dass das nicht fair ist, herrscht weitestgehend Einigkeit. Doch fair gehandelte Produkte können preislich mit den Spottpreisen vergleichbarer Produkte in unseren Supermärkten nicht mithalten und so wird leider doch mehrheitlich mit dem Geldbeutel gedacht - und unfair eingekauft.
Umfragen zufolge kaufen 5,4 Prozent der Deutschen regelmäßig fair gehandelte Produkte, mehr als ein Drittel hält die Idee für unterstützenswert. Die Herstellung und der Vertrieb funktioniert zum größten Teil über gemeinnützige Organisationen wie gepa, El Puente oder dwp Ravensburg. Sie bemühen sich um faire Bedingungen, indem sie den

ProduzentInnen höhere und verlässliche Löhne unabhängig vom Weltmarktpreis für ihre Rohstoffe zahlen - wodurch sich unter anderem der höhere Preis erklärt.

Auf diese Weise können die KleinbauerInnen eigenverantwortlich wirtschaften und soziale Mindeststandards im Bezug auf Bildung und Gesundheit gesichert werden. Zudem gibt es Prämien für soziale und ökologische Entwicklungen, die zweckgebunden verwendet werden können, für den Schulaufbau, medizinische Versorgung oder z.B. für die Umstellung auf Bioanbau. Die PlantagenarbeiterInnen genießen ein geregeltes Arbeitsverhältnis mit gesetzlichem Mindestlohn, arbeitsrechtlichen Standards, Schutz vor Vergiftung mit gefährlichen Chemikalien und ein Mindestmaß an gesundheitlicher Versorgung.

Anders als in der WTO spielen auch ökologische Aspekte eine Rolle. Die Produkte werden meist traditionell in nachhaltiger Wirtschaftsweise angebaut. Zudem werden beim fairen Handel Frauen gefördert und Kinder vor Ausbeutung und Zwangsarbeit geschützt.
Doch leider ist der Anteil fair gehandelter Produkte, die diesen Mindestanforderungen gerecht werden immer noch sehr klein. Was nicht verwunderlich ist, wenn man bedenkt, dass die Industrieländer weiterhin von diesen Bedingungen profitieren. Der WTO zumindest ist nicht viel daran gelegen an diesen Bedingungen etwas zu ändern. Im Gegenteil - das von der WTO geförderte Prinzip des Freihandels begünstigt die Industrieländer, indem es gleiche Regeln für ungleiche PartnerInnen schafft. So werden zum Beispiel die Entwicklungsländer von der WTO dazu gedrängt ihre Märkte zu öffnen, während die Industrieländer weiter ihre Märkte gegen solche Produkte aus den ärmeren Ländern abschotten, die von den reichen Ländern selbst produziert werden. Um ihre Waren billiger anbieten zu können als die Entwicklungsländer subventionieren reiche Staaten wie Deutschland sie zudem mit Steuergeldern. Ein gerechter Welthandel muss die Chancen von armen Ländern stärken und ihnen mehr Eigenständigkeit zusprechen. Andernfalls ist eine nachhaltige Entwicklung nicht möglich. Darüber hinaus müssen soziale, ökonomische und ökologische Mindeststandards, sowie verbindliche Regeln für Konzerne in internationalem Recht festgeschrieben und praktiziert werden. Solange dies nicht passiert, müssen fair gehandelte Produkte durch den Staat gefördert und ihr Ausbau ermöglicht werden. Zum Beispiel indem er Fair-Trade-Produkte von der Mehrwertsteuer befreit oder seine Institutionen dazu verpflichtet ausschließlich faire Produkte zu kaufen.

Welthandelsrecht

von Anna Cavazzini

Die Welt ist immer vernetzter, Waren kennen keine Grenzen mehr und bis sich dein Computer bei dir auf dem Schreibtisch befindet, durchlaufen seine Einzelteile die ganze Welt. Gesteigerter Wohlstand für alle oder Fortschritt auf Kosten der Schwächsten?

Entstehung des Welthandelssystems

Schon seit einigen Jahrhunderten wird weltweit Handel betrieben. Vor dem zweiten Weltkrieg war die Weltwirtschaft ähnlich vernetzt wie heute, mit dem Unterschied, dass es keine allgemeinen Regeln gab und der Handel auf mehr oder weniger freiwilligen Konventionen beruhte. Nach dem zweiten Weltkrieg wollten die Siegermächte diese Unsicherheiten beseitigen und vor allem auf dem ganzen Globus ein liberales und marktwirtschaftlich orientiertes Wirtschaftssystem aufbauen, das festen Regeln gehorchen sollte. Schon zu Anfang offenbarte sich eines der Hauptdefizite des Systems: die Entwicklungsländer, zu einem großen Teil damals noch Kolonien, spielten bei den Verhandlungen eine marginale Rolle und deswegen wurden ihre Interessen kaum berücksichtigt. Das Weltwirtschaftssystem war so von Anfang an dominiert durch die Industrienationen und deren Interessen. So schufen die Mächtigen 1944 in Bretton Woods ein Weltfinanzsystem, gegründet auf Weltbank und Internationalem Währungsfonds. Den Warenverkehr wollte man 1947 mit dem GATT (General Agreement on Tariffs and Trade), d.h. mit den regelmäßigen Zollsenkungsrunden liberalisieren, was auch mit gewissen Einschränkungen gelang.

Die World Trade Organisation (WTO)

Die WTO wurde 1995 als Nachfolgeorganisation des GATT (Waren) mit Ausweitung auf die Bereiche Wissen (TRIPS) und Dienstleistung (GATS) gegründet. Diese Organisation will die Liberalisierung des Welthandels und somit den Abbau aller Handelshemmnisse, um offiziell eine Erhöhung des Lebensstandards der Mehrheit der Erdbevölkerung zu erreichen. Die WTO ist die einzige vertraglich anerkannte internationale Organisation, welche die Regeln des Welthandels festlegt. Deswegen muss man auf sie genauer eingehen, wenn man sich einen Überblick über die Regeln des Welthandels verschaffen will.

Mittlerweile sind 149 Staaten Mitglied bei der WTO und trotz offiziell demokratischer Grundprinzipien liegt die Dominanz eindeutig bei den Industriestaaten. Die Prinzipien der WTO, die sich offiziell für Gleichbehandlung und Nicht-Diskriminierung der HandelspartnerInnen einsetzt und gegen Regionalisierung und Protektionismus vorgehen soll, kommen der BeobachterIn oft heuchlerisch vor: Die Industrienationen schützen ihre heimischen Märkte durch Subventionen, Exporthilfen oder Zölle, verlangen aber von den Entwicklungsländern gleichzeitig einen ungeschränkten

Zugang zu deren Märkten. Die USA erheben beispielsweise Zölle auf Stahlimporte und subventionieren ihre Baumwolle. Zudem schützt ein Exportförderungsgesetz, das heimische Produkte auf dem internationalen Markt konkurrenzfähiger macht, die eigene Wirtschaft. Die EU wiederum, als weitere gewichtige Hauptakteurin subventioniert ihre Bauerinnen und Bauern. Durch diese Maßnahmen wollen die reichen Staaten die eigene Industrie gegen die Konkurrenz aus der „dritten Welt“ und auch gegen andere Industrienationen (was sich z.B. in unzähligen Handelsstreits zwischen den USA und der EU äußert) schützen.
Das 1995 in Kraft getretene GATS (General Agreement on Trade in Services), das den Handel mit Dienstleistungen regeln soll und dessen vollständige Liberalisierung zum Ziel hat, sollte in der 2001 beginnenden Doha-Runde überarbeitet werden. Kritisch zu sehen ist daran eine Tendenz zur Privatisierung der Grundversorgung wie z.B. Wasser oder Bildung, die für viele Menschen dann nicht mehr gesichert ist.

Die Doha-Runde hatte außerdem das Ziel, die Belange der Entwicklungsländer stärker zu berücksichtigen. Diese fordern einen besseren Marktzugang vor allem für ihre Agrarprodukte und somit einen Abbau von Zöllen und Subventionen in den Industrienationen. Ein weiterer wichtiger Punkt ist für die Entwicklungsländer eine Liberalisierung des Patentrechts, da oft reiche westliche Pharmaunternehmen ihre Medikamente teuer verkaufen. Die Industrienationen verlangten im Gegenzug eine Öffnung für ihre Industrieprodukte. Am 25. Juli 2006 scheiterten („Aussetzen auf unbestimmte Zeit“) die Verhandlungen der Doha-Runde schließlich vor allem an Uneinigkeiten zwischen den USA und der EU. Man kann dies in zweierlei Hinsicht beurteilen: Einerseits wurden die Forderungen der Entwicklungsländer schon wieder nicht erfüllt und die Industrienationen schirmen weiterhin ihren Markt ab. Andererseits wurde einer weiteren drastischen Liberalisierung zunächst Einhalt geboten. Das allerdings nicht aus sozialen Gründen heraus sondern aus nationalem Protektionismusbestreben vornehmlich reicher Staaten. Zu fürchten ist jetzt allerdings eine zunehmende Flucht in bilaterale Verträge, bei denen die Entwicklungsländer fast immer den schlechteren Verhandlungsstandpunkt haben.

Weitere Probleme

Heute dominieren den Welthandel die USA, Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Japan, Italien und Kanada, ostasiatische Schwellenländer folgen, danach kommen auf der Skala kleinere Industriestaaten, Mexiko, Australien, Russland und die Entwicklungsländer mit den LDCs (Least Developed Countries) positionieren sich am Schluss. Es zeigt sich schon an dieser einfachen Auflistung, wer vor allem von dem freien Handel profitiert. Der Welthandel, so wie er heute praktiziert wird, begünstigt die internationale Arbeitsteilung, was zur Folge hat, dass die harte, schlecht bezahlte Arbeit mit geringen Umweltstandards in die Entwicklungsländer verlegt wird und diese dann mit den sozialen und ökologischen Folgen zu kämpfen haben. Im heutigen Welthandelssystem sind die AkteurInnen auf keinen Fall gleichberechtigt: Es herrscht eine asymmetrische Abhängigkeit der „Südhalbkugel“ von den reichen Industriestaaten, was auch als Neokolonialismus bezeichnet wird, da die nunmehr wirtschaftliche Abhängigkeit größtenteils die ehemals kolonialisierten Gebiete der Erde betrifft.

Bei den Welthandelsrunden und dem laufenden Betrieb der WTO sind ärmere Staaten, obwohl formell gleichberechtigt, aufgrund von Mangel an Geld und Kapazitäten häufig benachteiligt (sie können z.B. oft kein ständiges Büro einrichten oder nicht mit genügend Personal an allen Sitzungen teilnehmen).

Bei den Verhandlungen, die den Welthandel betreffen, sind zudem nationale Parlamente und die Zivilgesellschaft gar nicht oder nur unzureichend eingebunden.
Darüber hinaus gewann die Privatwirtschaft im „Norden“ wie im „Süden“ immer mehr an Einfluss. Dieser Prozess führt/e oftmals zu dem Verlust (demokratisch kontrollierter) Handlungsmöglichkeiten des Staates und die häufig aller Kontrolle entzogenen globalen Unternehmen schwingen sich zu den HauptakteureInnen auf. Gleichzeitig wurde es versäumt ausreichend Befugnisse auf demokratisch legitimierte und kontrollierte internationale Organe zu übertragen, die eine weltweite WächterInnenfunktion einnehmen könnten.
Wir sind nicht gegen internationalen Handel und Globalisierung aber für eine demokratische, soziale und ökologisch gerechte Ausgestaltung des Welthandels.

Freies Reisen

von Karl Bär

Der edelste Teil des Menschen

Als Ralf vor einigen Jahren das Abitur gemacht hatte, da hatte er plötzlich so viel Freizeit wie nie zuvor und er fühlte sich auch so frei und da wollte er eine große Reise tun. Doch dafür hatte er kein Geld. Und so verbrachte er einige Tage damit, zu überlegen, ob es sich denn rentieren würde, die Hälfte der freien Zeit mit Erwerbsarbeit zu verbringen, um die große Reise danach antreten zu können. Da riet ihm ein Freund: Stell dich an die Straße und halte den Daumen raus – mal schauen, wohin du kommst. Ralf kam von Berlin bis Istanbul. Einfach so. Alles was er brauchte, war ein Daumen. Und einen Daumen hat jeder.

Machen wir ein Gedankenexperiment. Machen wir die Reise in die andere Richtung:
Murat ist gerade mit dem unvermeidlichen Wehrdienst fertig geworden und will sich nun, bevor sein Studium anfängt, die Welt anschauen. Leider gehört unser Murat nicht zu den Privilegierten, deren Eltern im höheren Staatsdienst beschäftigt sind. Er hat den blauen Pass. DiplomatInnen bekommen in der Türkei einen roten Pass, höhere Staatsbedienstete einen grünen, BeamtInnen, die im Ausland arbeiten einen grauen und der große Rest einen blauen. Murat rennt also zur deutschen Botschaft, füllt alle möglichen Zettel aus, sucht eineN deutscheN StaatsbürgerIn, der dafür bürgt, dass er wieder in die Türkei zurückkehrt, lässt sich sämtliche bürokratischen Schikanen gefallen. An der Passkontrolle muss er dem/der türkischen BeamtIn 50 $ Ausreisegebühr zahlen. Wer es sich leisten

kann zu verreisen, der kann das auch bezahlen. Verärgert steigt er ins Flugzeug – trampen würde sich für ihn nicht rentieren. Für jedes Land dazwischen auch noch ein Transitvisum beantragen, immer mit dem Risiko, dass es nicht gewährt wird, ist teurer als der Flug nach Berlin.
Ralf hatte mehr als nur einen Daumen. Er hat einen deutschen Pass. Und der Pass ist der edelste Teil des Menschen. Das wusste schon Bert Brecht.

Nenad und sein Vater nehmen unsern Ralf auf der Rückfahrt von Belgrad bis Zagreb mit, als er wieder nach Hause fährt. Der hatte sich schon so gefreut, als er in Belgrad das Auto mit dem Münchner Kennzeichen sah, aber heute fahren Nenad und sein Vater nur bis Zagreb. Nach München, in seine Geburtsstadt, in der er mehr als 20 Jahre gelebt hat, darf Nenad nicht. Er wurde, als er gerade begonnen hatte Maschinenbau an der TUM zu studieren, mit Drogen erwischt und abgeschoben. Obwohl er in München geboren wurde und nach der bayerischen Verfassung also Bayer ist, hat er "nur" einen serbischen und einen kroatischen Pass, weil sein Vater Serbe und seine Mutter Kroatin ist. Der serbische Staat wollte seinen serbischen Pass nicht zurücknehmen, als er in Deutschland eingebürgert werden sollte. Jetzt steht in beiden seinen Pässen groß, dass er abgeschoben wurde. Und weil an den Grenzen in der EU so lasch kontrolliert wird, darf er damit auch in die anderen Staaten der Union nicht mehr. "Ich hab' EU-Verbot!" Nächstes Jahr kommen Rumänien und Bulgarien auch in die EU. Dann darf Nenad dort auch nicht mehr hin. Vielleicht kommt ein paar Jahre später Kroatien auch in die EU. Dann darf Nenad mit seinem Vater wieder bis München fahren. Nach Hause.

EU-BürgerInnen dürfen in der EU herumreisen, soviel sie wollen. Zumindest theoretisch könnte also Liiga aus Litauen ganz ohne Probleme für ein Wochenende nach Berlin kommen, um auf eine Party zu gehen. Praktisch aber kann auch folgendes passieren: Der deutsche Beamte an der deutsch-polnischen Grenze führt Liiga in eins der Gebäude an der Grenze und seine Kollegin beginnt, auf Ukrainisch auf sie einzureden. Obwohl Liiga Litauerin ist und kein Wort Ukrainisch versteht. Die deutschen Beamten werden sich später, nachdem es Liiga gelungen ist, ihnen auf englisch zu erklären, dass sie Litauerin ist, dafür entschuldigen. Sie hatten vermutet, dass sie eine Ukrainerin mit litauischem Pass ist. Den richtigen Pass zu haben schützt nicht immer vor den falschen Vermutungen der Grenzpolizei.
Eine Ukrainerin dürfte nämlich nicht nach Deutschland einreisen. Schon an die Grenze zu kommen, ist nicht mehr ganz so einfach, denn seit Polen in der EU ist, brauchen UkrainerInnen auch für Polen ein Visum. In Deutschland, das wissen wir spätestens seit der Visa – Affäre, wollen Ukrainerinnen vor allem eins: Der Prostitution nachgehen.

Die Visa – Affäre ist ohnehin eine interessante Sache: Da schreibt ein grüner Politiker den Botschaften vor, im Zweifel für die Reisefreiheit zu entscheiden und einige kriminelle Banden nutzen das voll aus. Das ist ein Skandal. Aber die deutsche Opposition macht der Regierung die Reisefreiheit zum Vorwurf und nicht den Skandal. Anstatt ukrainische Frauen vor

der Zwangsprostitution zu schützen, versucht sie Deutschland vor den UkrainerInnen zu schützen.
Jetzt ist es aus grüner Sicht ja schon schwer zu verstehen, warum AfghanInnen in Deutschland kein Asyl bekommen, warum TürkInnen, die hier leben, nicht zugleich deutsch und türkisch sein dürfen und warum PolInnen hier nicht arbeiten dürfen. Sind nicht alle Menschen gleich? Aber warum dürfen UkrainerInnen sich nicht unsere schöne Hauptstadt anschauen, was spricht dagegen, dass eine albanische Familie in unseren Alpen wandert? Und selbst wenn sich türkische TouristInnen auf Sylt aufführen würden wie Schweine. Warum dürfen dann Deutsche und EngländerInnen in Horden saufend die Strände des Mittelmeers überfallen?

Die Antwort ist: Angst. Angst und nicht Sicherheit ist der Feind der Freiheit. Wir haben Angst, dass sie bleiben, unsere Kultur, unseren Sozialstaat und unsere Moral zerstören und uns unsere ganzen Arbeitsplätze wegnehmen. Woher aber nimmt diese Angst die Sicherheit, dass diese Fremden selbst schon ihre ganze Kultur und Moral verloren haben und nur noch an Arbeitsplätze denken?

1.Alle Menschen sind gleich.
2.Die Visa – Politik Deutschlands und der EU orientiert sich nicht an Satz 1, sondern ist geprägt von Misstrauen und Willkür.
3.Je offener die EU nach innen wird, um so mehr schließt sie nach außen ab.
4.Die Grenze geht immer noch mitten durch Europa.
5.Die wichtigste Veränderung muss in den Köpfen der Menschen stattfinden: Weg mit der unnötigen Angst.

Migration

von Kai Wilken

Nach Rütli Schule und der Debatte um Zuwanderungstests stand auf einmal fest: "Deutschland ist ein Einwanderungsland". Sieht man sich die aktuellen Zahlen einmal genauer an, hätte es besser "Deutschland war ein Einwanderungsland" lauten müssen.
Jedes Jahr ermittelt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg die aktuellen Zahlen. Laut der Zahlen für 2005 kamen insgesamt 450.000 ZuwandererInnen nach Deutschland. Was sich auf den ersten Blick recht viel anhört, hält einer genaueren Betrachtung allerdings nicht stand. Denn alleine 330.000 dieser Menschen waren SaisonarbeiterInnen, die nach getaner Arbeit wieder das Land verlassen haben. Weitere 20.000 kamen über befristete Werkverträge. Auch sie bleiben nicht auf Dauer im Land.
Bleiben noch 100.000 Einwandernde übrig. Darunter alleine der Familiennnachzug mit einem Anteil von ca. 80.000.

SpätaussiedlerInnen und jüdischen ZuwandererInnen aus GUs Staten machen noch einmal ca. 13.500 Menschen aus. Doch diese Zahlen sind rückläufig, denn irgendwann sind alle Familienmitglieder in Deutschland, auch bei den anderen beiden Gruppen nimmt das Potential ab.

AsylbewerberInnen fallen dabei kaum ins Gewicht. Von den 29.000 AntragstellerInnnen in 2005 können nur ca. 10% mit einem dauerhaften Aufenthalt rechnen. Verglichen mit den Vorjahren sind auch diese Zahlen rückläufig. 2004 haben 35.000 Menschen den Antrag auf Asyl gestellt, 2003 immerhin noch 50.500. Doch auch auf der anderen Seite passiert wenig. Bei den hocherwüschten "High Potentials" und den Selbständigen kamen in 2005 gerade einmal 900 bzw. 500 ins Land. Unterm Strich kamen im letzten Jahr also ca. 20.000 Menschen als ZuwandererInnen im klassischen Sinn, also freiwilig mit dem Ziel hier zu leben und zu arbeiten, nach Deutschland. Nach vorsichtigen Schätzungen werden allerdings ca. 100.000 ZuwandererInnen jedes Jahr benötigt, um den demografischen Wandel zu bewältigen.

Der Rückgang ist allerdings nicht verwunderlich, denn einerseits werden Regelungen immer weiter verschärft, andererseits die Grenzen immer stärker bewacht. Bestes Beispiel für diese Entwicklung ist der Grenzzaun in den spanischen Enklaven in Afrika. Er besteht aus von Stacheldraht gekrönten Doppelzäunen, zwischen drei und sechs Metern hoch. Nach einigen Todesschüssen wurde ein weiterer Zaun (zwei Meter hoch, Stacheldraht zwischen Betonpfosten) vor den bestehenden gezogen sowie "Stacheldrahtkissen" zwischen den Zäunen ausgelegt. Auf einen solchen Zaun wäre jeder Grenzer am "antifaschistischen Schutzwall" der DDR stolz gewesen.

Und während Spanien nach weiteren Maßnahmen und Unterstützung ruft, nimmt die Zahl der Menschen zu, die mit kleinen Booten das Mittelmeer Richtung Italien oder den Atlantik Richtung Lanzarote oder Fuerteventura zu überqueren suchen. Doch statt sich mit den Ursachen dieser Entwicklung zu beschäftigen, wird über Abschiebelager in Nordafrika, verbesserte Grenzschutzmaßnahmen und härtere Gesetze nachgedacht. Nach Schätzungen der UN sind rund 18 Millionen AfrikanerInnen auf dem Weg nach Norden. Die meisten sind nach ihrem Aufbruch aber noch nicht einmal bis in die Nähe der Mittelmeerküste gekommen, sondern vegetieren in Ländern wie Kenia, dem Sudan oder Tansania. Aber auch über die Sahara drängen immer mehr Menschen in den Norden Afrikas.
Sie sind auf der Flucht. Vor den Chaosmächten in Nigeria, dem Bürgerkrieg in Liberia, dem Elend im Kongo oder der Hungersnot in Äthopien. Einen offiziellen Status nach der Genfer Flüchtlinskonvention haben sie aber nicht. Deswegen bleibt ihnen der Weg ins gelobte Schengenland verwehrt. Sie befinden sich auf einer Odyssee, die in den meisten Fällen in einer Katastrophe endet. Oft ruhen auf einem einzelnen Flüchtling die Hoffnungen einer ganzen Familie, eines Stammes. Alles Geld wird zusammengesucht, damit diese eine Tochter/dieser eine Sohn es schafft und auch Geld zurück schicken kann. Oder die gut ausgebildeten und qualifizierten Mitglieder der Gesellschaft können

offiziell auswandern.

Die Rücküberweisungen von denen, die es geschafft haben, nehmen inzwischen gewaltige Ausmaße an. Weltbank und Internationaler Währungsfond haben 2003 das Volumen geschätzt. 93 Milliarden Dollar, fast doppelt so viel wie die weltweite Entwicklungshilfe. Die Dunkelziffer liegt weit höher, schätzungsweise das zwei bis dreifache. Doch auch diese Finanztransfers, die bis zu einem Viertel des Bruttoinlandsproduktes von Entwicklungsländern ausmachen können, sind eher ein Nachteil. Denn sie stützen die Währung künstlich, wirken ähnlich wie Sozialhilfe. Neue Abhängigkeiten werden geschaffen und die Rückständigkeit verfestigt sich. Während die Rückflüsse zwar helfen individuell die Not zu lindern und Armut zu bekämpfen, wären vertrauenswürdige Institutionen wichtiger. Nur so kann langfristig eine positive Entwicklung voran gehen.

Handlungsfähigkeit der Entwicklungsländer stärken

von Michi Kömm

Entwicklungsländer – Handelnder oder Behandelter? Eine Betrachtung innerer und äußerer Einflussfaktoren auf die staatliche Autonomie

Grundsätzlich ist es bei Entwicklungsländern wie bei allen anderen Staaten auch: es gibt immer ein großes Interesse von verschiedenen Akteuren, auf innen- und außenpolitische Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Die Frage ist natürlich, inwieweit einige Staaten in den letzten Jahrzehnten zunehmend ihre politische und ökonomische Autonomie abgeben mussten? Nun: die einen mehr, die anderen weniger. Im Folgenden wird dies aus Perspektive der Entwicklungsländer dargestellt werden.

Wenn wir allerdings zur Vereinfachung eine Unterscheidung zwischen Entwicklungs- und Industrieländer machen, ist es wichtig ein paar Charakteristika festzuhalten: So zeichnen sich Entwicklungsländer z.B. meist durch hohe Staatsverschuldung, geringem Grad an Industrialisierung, hohem Grad an Vetternwirtschaft und Probleme im

Bezug auf gute Staatsführung (Good Governance[1]) aus. Wenn man nun davon ausgeht, dass ein jeder Staat auf der Welt reicher und mächtiger werden möchte (Stichwort: Entwicklung), lassen sich einige Nachteile bezüglich der Handlungsfähigkeit von Entwicklungsländern identifizieren.
Aus ökonomischer Perspektive ist hier zunächst der wichtige Faktor der Staatsverschuldung zu nennen. Diese ist in vielen Entwicklungsländern in den letzten Jahrzehnten rasant gestiegen und hat einige Folgen für die Schuldner: strenge Auflagen einiger Geldgeber, wie dem Internationalen Währungsfonds (IWF), bezüglich der nationalen Wirtschaftspolitik, z.B. die Ausrichtung auf Exportwirtschaft oder die Privatisierung von Staatsunternehmen. Dadurch wurde das Schuldenproblem nicht gelöst, im Gegenteil: die ökonomische Abhängigkeit von Gläubigern ist weiter angestiegen, immer weitere Reformen wurden auferlegt und es kam zu einer Schuldenspirale. Im Moment jedoch scheint der Einfluss des IWF zu schwinden, da aufstrebende Staaten wie China anderen Staaten in Form von besser konditionierten Krediten aus der Patsche helfen, wo der IWF eigentlich strenge Auflagen durchsetzen möchte. Eine weitere Alternative bieten internationale Finanzmärkte.

Eine weitere Abhängigkeit ergibt sich aus der Wirtschaftspolitik der Welthandelsorganisation (WTO), die in den letzten Jahrzehnten primär den Industrieländern zu Gute kam (niedrigere Zölle, aber immer noch hohe Exportsubventionen). Nun könnte man denken, dass das Einstimmigkeitsprinzip der Verhandlungsrunden den Entwicklungsländern helfen müsste, doch meistens lassen diese sich mit kleineren Zugeständnissen in Hinterzimmern kaufen und gegeneinander ausspielen, so dass in der Tendenz wieder die Industrieländer gewinnen. Außerdem ist es Staaten innerhalb der WTO nur sehr bedingt möglich ihre Märkte vor Überschwemmung mit Produkten zu schützen.

Jedoch sind bei weitem nicht alle Staaten der Welt auch Mitglied in multilateralen Institutionen wie der WTO oder dem IWF. Doch auch bei regionalen und bilateralen Freihandelsabkommen, bei denen sich Industrieländer den Zugang zu weiteren Absatzmärkten sichern (z.B. aktuelle Verhandlungen zwischen der EU und den sogenannten AKP Staaten aus Afrika, Karibik und der Pazifikregion) ziehen Entwicklungsländer meist den Kürzeren, weil sie aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage wenig Handlungsspielraum haben. Ein weiterer entscheidender Grund dafür ist, dass diese Staaten sich selten teures und erfahrenes Personal leisten können, welches ihre Interessen in diesen hochkomplexen ökonomischen Verhandlungen vertreten kann.
Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei der Betrachtung der politischen Autonomie von Entwicklungsländern ab: sowohl bei bi- als auch bei multilateralen Verhandlungen haben sie selten viel Verhandlungsmasse zu bieten. Nur selten können sie bei geo- und sicherheitspolitischen Fragen punktuelle Erfolge in Verhandlungen erzielen (z.B. bei besonderer Lage oder besonders hohem Gefahrengrad).

[1] Man spricht von Good Governance wenn mehrere Faktoren gegeben sind wie z.B. Partizipation der Zivilgesellschaft zulassen, Transparenz, keine Korruption und Vetternwirtschaft, Rechtsstaat und Demokratie. Das Gegenteil bezeichnet man als Bad Governance.

Doch auch der Einfluss externer Akteure auf innenpolitische Prozesse ist nicht unerheblich. Dies kann zum einen durch indirekte Einflussnahme, wie z.B. durch Androhung der Kürzung von Entwicklungsgeldern oder dem Abbruch von Handelsbeziehungen geschehen. Gerade Entwicklungsländer sind besonders von diesen Kürzungen betroffen. Darüber hinaus gibt es aber auch durch direkte (finanzielle/strukturelle) Unterstützung einzelner Akteure, um gewisse innenpolitische Entscheidungen zu unterstützen.

Ein jedoch vielfach unbeachteter Faktor der staatlichen Handlungsfähigkeit ist die Frage von guter bzw. schlechter Staatsführung (good bzw. bad governance). Denn man muss hier klar die Frage stellen, was eine absolute Handlungsfähigkeit wert ist, wenn die StaatschefInnen weder demokratisch gewählt sind, noch ihre Autonomie zum Wohle der Bevölkerung einsetzen. Gerade dies ist in Entwicklungsländern leider besonders häufig der Fall. Im Grunde besäßen wohl einige Entwicklungsländer die Möglichkeiten sich den machtpolitischen Einflussnahmen anderer Staaten oder multilateraler Institutionen zu widersetzen, doch dies ist oftmals nicht im Sinne der jeweiligen StaatschefInnen. Nach einer fairen Verteilung des Wohlstands zwischen den Ländern muss also eine faire Verteilung des Wohlstandes in den Ländern erfolgen!

Fazit: Eine der wichtigsten Reformen der zukünftigen Entwicklungs- und Außenhandelspolitik betrifft mit Sicherheit die weitere Demokratisierung der multilateralen Institutionen (wie IWF, Weltbank und der WTO) sowie eine Neuausrichtung ihrer entwicklungspolitischer Konzepte und Programme. Wenn allerdings nicht gleichzeitig Demokratisierungsprozesse innerhalb der Entwicklungsländer eingeleitet bzw. fortgesetzt werden und Interventionen von Außen zumindest transparent gemacht werden, wird auch weiterhin ein Großteil der Bevölkerung nicht von möglichen Entwicklungsprozessen profitieren, sondern lediglich die bisherigen Eliten.

Glossar

Globalisierung

Unter Globalisierung versteht man Prozesse einer zunehmenden internationalen Verflechtung verschiedenster Bereiche unseres Planeten. Diese Intensivierung der globalen Beziehungen geschieht auf allen Ebenen (einzelne Menschen, Gesellschaften, Institutionen und Staaten) und in allen Bereichen (Wirtschaft, Politik, Kultur, Umwelt, Kommunikation etc.). Die damit verbundenen Veränderungen von ökonomischen, politischen, sozialen, kulturellen, ökologischen und weiteren Verhältnissen werden Globalisierungseffekte genannt. Als wesentliche Ursachen der Globalisierung gelten der technische Fortschritt in nahezu allen Bereichen (siehe auch: Digitale Revolution), insbesondere in den Kommunikations- und Transporttechniken, sowie politische Entscheidungen zur Liberalisierung des Welthandels.

Quelle: Wikipedia

WTO

Gegründet wurde die WTO am 16. April 1994 in Marrakesch, Marokko (in Kraft getreten am 1. Januar 1995); sie ist die Dachorganisation der Verträge GATT, GATS und TRIPS. Ziel der WTO ist der Abbau von Handelshemmnissen und somit die Liberalisierung des internationalen Handels mit dem weiterführenden Ziel des internationalen Freihandels um somit die Wohlfahrt der teilnehmenden Volkswirtschaften zu erhöhen. Den Kern dieser Anstrengungen bilden die WTO-Verträge, die durch die wichtigsten Handelsnationen ausgearbeitet und unterzeichnet wurden. Die gegenwärtigen Verträge sind das Resultat der so genannten Uruguay-Runde, in der der GATT-Vertrag überarbeitet wurde. Wirtschaftspolitisch verfolgt die WTO eine liberale Außenhandelspolitik, die mit Deregulierung und Privatisierung einher geht.

Quelle: Wikipedia

IWF

Der Internationale Währungsfonds (Kürzel IWF; englisch: International Monetary Fund, IMF) ist eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen. Er ist eine Schwesterorganisation der Weltbank-Gruppe und hat seinen Sitz in Washington D.C., USA. Der IWF wurde am 22. Juli 1944 durch eine internationale Übereinkunft gegründet und nahm im Mai 1946 seine Arbeit auf. Sie erfolgte aufgrund der Beschlüsse der Konferenz in Bretton Woods, einer Kleinstadt im US-Bundesstaat New Hampshire. Diese für den Wiederaufbau des Weltwirtschaftssystems entscheidenden Verhandlungen dauerten vom 1. Juli 1944 bis zum 22. Juli 1944. Der IWF wird daher zusammen mit der Weltbank-Gruppe als Bretton-Woods-Institution bezeichnet. Zu seinen Aufgaben gehören: Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Währungspolitik, Ausweitung des Welthandels, Stabilisierung von Wechselkursen, Kreditvergabe, Überwachung der Geldpolitik, Technische Hilfe. Der IWF hat zur

Zeit 184 Mitgliedsländer, deren Stimmrecht sich nach ihrem Kapitalanteil richtet. Die Stimmanteile der wichtigsten Mitgliedsstaaten: USA 17,08 %, Japan 6,13 %, Deutschland 5,99 %, Frankreich 4,95 %, Großbritannien und Nordirland 4,95 %. Die 25 EU-Mitglieder verfügen insgesamt über 31,89 % der Stimmen; die zwölf Euro-Staaten über 22,91 %. Die USA verfügen damit offiziell über eine Sperrminorität.

Quelle: Wikipedia

Weltbank

Die in Washington D.C. (USA) angesiedelte Weltbankgruppe hatte ursprünglich den Zweck, den Wiederaufbau der vom zweiten Weltkrieg verwüsteten Staaten zu finanzieren. Sie umfasst die folgenden fünf Organisationen, die jeweils eine eigene Rechtspersönlichkeit besitzen, sich aber im Eigentum der Mitgliedstaaten befinden: Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (International Bank for Reconstruction and Development – IBRD; auch: World Bank) Internationale Entwicklungsorganisation (International Development Association – IDA) Internationale Finanz-Corporation (International Finance Corporation – IFC) Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur (Multilateral Investment Guarantee Agency – MIGA) Internationales Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (International Center for Settlement of Investment Disputes – ICSID) Die Weltbankgruppe ist durch verwaltungsmäßige Verflechtungen und durch einen gemeinsamen Präsidenten (im Fall der ICSID als Vorsitzender des Verwaltungsrates) verbunden. Der Begriff "Weltbank" (im Ggs. zu "Weltbankgruppe") umfasst nur die beiden ersten der fünf oben angeführten Organisationen.

Quelle: Wikipedia

Global Governance

Der Begriff Global Governance (englisch, ungefähr „weltumspannende Politikgestaltung“) steht für ein politisches Modell mit den Zielen der Verrechtlichung und Verstärkung von internationalen Beziehungen (besonders über die UNO). Auf den einfachsten Nenner gebracht bedeutet Global Governance, den Prozess der Globalisierung politisch zu gestalten. Definition: Das Konzept bezeichnet den Versuch, in einem System geteilter Probleme und Risiken und sich überschneidender Souveränitäten in Netz- und Regelwerken die politische Steuerungsfähigkeit zu erlangen. Dies soll über die Dezentralisierung der weltumspannenden Politik (Weltinnenpolitik) geschehen, das heißt, Entscheidungen sollen demokratisch unter Einbeziehung möglichst vieler souveräner Regierungen getroffen werden. Auch soll in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen und generell zivilen Interessengruppen gestärkt werden. Global Governance steht dabei im Gegensatz zur neoliberalen Tendenz der Weltwirtschaft, die den Kräften des "freien Marktes" alle Regelungen überlässt, und zu einer unipolaren Weltordnung. Global Governance bedeutet nicht "Global Government". Die Nationalstaaten behalten ihre Souveränität, sie finden aber neue - oft wirksamere - Formen der Kooperation. Diese vom Bericht der Commission on Global Governance ausgehende Beschränkung wird seit jeher kritisiert, so etwa von weltföderalistisch ausgerichteten Wissenschaftlern. Global Governance sei vielmehr ein entwicklungsoffener Prozess, der durchaus in Formen

globalen Regierens münden könne.

Quelle: Wikipedia

G8

Der Gruppe der acht (sieben führende Industrieländer und Russland; G8) gehören Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, Russland und die USA an. Daneben ist in dem Gremium auch die Europäische Kommission vertreten. Spanien bemüht sich bereits seit längerem um die Aufnahme als Vollmitglied. Den Vorsitz übernimmt jeweils ein Land für die Dauer eines Jahres. Die G8 gilt nicht als internationale Organisation. Ihre Treffen sind informell, um in „entspannter Runde" globale Themen und Probleme zu beraten. Die G8-Länder vereinigen ca. 50 % des Welthandels und des Weltbruttonationaleinkommens (BNE) – in Kaufkraftparitäten gemessen oder zwei Drittel des BNEs in tatsächlichen Preisen gemessen – auf sich. Auf dem jährlichen Weltwirtschaftsgipfel treffen sich die Staats- und Regierungschefs der G8-Staaten und anderer Staaten. Kurz zuvor kommen die Außenminister der Staaten zusammen und erörtern speziell außenpolitische Themen. Daneben gibt es im Rahmen des G8-Prozesses ständige Konsultationen unter den Vollmitgliedern. Gegründet wurde die Gruppe als G6 (Gruppe der Sechs) 1975 im Rahmen eines Kamingespräches auf Schloss Rambouillet, an dem die Staats- und Regierungschefs von Deutschland (vertreten durch Bundeskanzler Helmut Schmidt), Frankreich (mit Präsident Valéry Giscard d'Estaing als Gastgeber), Italien, Japan, Großbritannien und der USA teilnahmen. Die Themen damals waren die Währungspolitik nach dem Zusammenbruch des Wechselkurssystems von Bretton Woods und die Reaktion auf die erste große Ölkrise. Damals war der Gipfel als Forum geplant, um in kleinem Kreis über Finanz- und Währungsfragen zu diskutieren. Außenpolitische Themen haben sich dann aber bald in den Vordergrund geschoben. Russland ist zwar inzwischen ebenfalls Mitglied, von den finanz- und währungspolitischen Beratungen jedoch noch ausgeschlossen. Aus den jährlichen Treffen in kleiner Runde ist inzwischen eine permanente Kooperation auf der Ebene von Ministern und hohen Regierungsbeamten geworden. Sie bereiten die jährlichen Gipfel vor, stimmen nationale Positionen ab und sorgen bereits im Vorfeld der Gipfel für eine teilweise Klärung unterschiedlicher Positionen. Zu diesem Zweck entsendet jedes Land so genannte Sherpas und Sous-Sherpas. Der von dem damaligen Bundeskanzler Schröder beauftragte deutsche Sherpa ist Dr. Bernd Pfaffenbach, Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. Ehemalige deutsche Sherpas von prominenter Reputation sind u.a. der derzeitige Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Professor Horst Köhler, sowie der ehemalige Präsident der Deutschen Bundesbank, Professor Hans Tietmeyer.

Quelle: Wikipedia

Tobinsteuer

Die Tobin-Steuer ist die Idee einer Steuer auf internationale Devisengeschäfte, genauer die Besteuerung kurzfristiger Spekulationen mit ausländischen Währungen zum Beispiel im Interbankenhandel, welche 1972 von James Tobin, Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, vorgeschlagen wurde. Auf diese Weise sollte es ermöglicht werden, Finanzspekulationen einzudämmen, die vor allem kleineren Wirtschaftssystemen mit "schwachen" Währungen große Probleme oder gar Katastrophen bereiten. Der von Tobin erdachte

Steuersatz dafür liegt extrem niedrig (zwischen 0,05 und ein Prozent). Besteuert würden alle grenzüberschreitenden Geldtransfers mit dieser einheitlichen Steuerlast. Für den Laien mag der von Tobin vorgeschlagene Steuersatz zu niedrig erscheinen, um wirklich etwas bewirken zu können. Tatsächlich sind für Devisenhändler aber selbst vier Stellen hinter dem Komma (genannt PIP) relevant. Da es sich beim spekulativen Devisenhandel oft um das so genannte second trading oder minute trading handelt, wirkt sich eine Besteuerung auf die Geschäfte eines Traders also stark aus. Die frühere Forderung Tobins nach einer Umverteilung von Kapital mittels der Besteuerung des Devisenhandels wurde von den Globalisierungskritikern, speziell von Attac, aufgegriffen. Attac schlägt die Einrichtung einer übernationalen Organisation vor, die mit den Einnahmen Umweltprojekte in den Entwicklungsländern fördern soll. Tobin selbst hat sich in den letzten Jahren seines Lebens von der Mehrheit der Befürworter der Tobin-Steuer distanziert, unter anderem weil er seinen Namen von den globalisierungskritischen Bewegungen vereinnahmt sah und weil die Diskussion in wesentlichen Punkten und Zielsetzungen von seinem ursprünglichen Konzept abweicht, das die Steuerung von Devisenströmen im Blick hat und nicht die Finanzierung von Entwicklungshilfe. *Quelle: Wikipedia*

OECD

Die OECD wird auch als die Organisation der Staaten der Ersten Welt bezeichnet. Fast alle der 30 Staaten sind Industrieländer. (Stand 01/2005) Satzungsgemäße Ziele der OECD sind zu einer optimalen Wirtschaftsentwicklung und einem steigenden Lebensstandard in ihren Mitgliedstaaten beizutragen, in ihren Mitgliedsländern und den Entwicklungsländern das Wirtschaftswachstum zu fördern, eine Ausweitung des Welthandels zu begünstigen. Diese sehr allgemeine Zielsetzung erlaubt es ihr, sehr flexibel auf neue Fragen zu reagieren. Die OECD ist keine supranationale Organisation, sondern hat eher den Charakter einer permanent tagenden Konferenz. Die Organisation ist strikt intergouvernmental verfasst, ihre Beschlüsse sind völkerrechtlich bindend, in den Mitgliedstaaten aber nicht unmittelbar anwendbar. An ihrer Spitze steht der Rat, der in relativ kurzen Abständen tagt und in dem alle Mitglieder mit ihrem ständigen Vertreter vertreten sind. In der Regel einmal pro Jahr tagt der Rat auf Ministerebene. Alle Entscheidungen und Empfehlungen bedürfen der Einstimmigkeit, jedoch besteht die Möglichkeit der Enthaltung; macht ein Land von dieser Möglichkeit Gebrauch, muss es die betreffende Empfehlung nicht anwenden. Die praktische Arbeit findet in Fachausschüssen und Arbeitsgruppen statt, in denen neben Regierungsvertretern auch unabhängige Experten vertreten sein können, die jedoch lediglich eine beratende Funktion einnehmen. Die organisatorische Leitung der OECD obliegt dem Sekretariat, dem ein auf fünf Jahre gewählter Generalsekretär vorsteht. Er wird vertreten und unterstützt durch vier Vize-Generalsekretäre. Darunter gibt es 11 nach fachlichen Kriterien gegliedert Direktorate mit je einem Direktor an der Spitze. Seit 1996 ist der Kanadier Donald J. Johnston amtierender Generalsekretär. Im Juni 2006 wird er durch seinen bereits ernannten Nachfolger Angel Gurría aus Mexiko abgelöst. Dieser ist der erste Generalsekretär der OECD, der nicht aus einem der reichsten Industrieländer kommt. Insgesamt sehen sich Sekretariat und

Direktorate in erster Linie als Denkfabrik, die Probleme frühzeitig erkennt und Lösungsmöglichkeiten zur Diskussion stellt. Große Verdienste hat sich die OECD durch ihre Arbeit im statistischen Bereich und als Forum für den Erfahrungsaustausch erworben.

Quelle: Wikipedia

ILO

Die International Labour Organization (ILO), Organisation internationale du travail (OIT) , zu deutsch Internationale Arbeitsorganisation (IAO), war ursprünglich eine ständige Einrichtung des Völkerbundes mit dem Ziel der Sicherung des Weltfriedens auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit. Die ILO begann ihre Tätigkeit am 11. April 1919 auf der Friedenskonferenz in Versailles. Seit dem 14. Dezember 1946 ist sie eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen und hat ihren Sitz in Genf. 1969 wurde der Organisation der Friedensnobelpreis zuerkannt. Die ILO hat 178 Mitgliedstaaten (zuletzt wurde Samoa am 7. März 2005 aufgenommen).

Internationale Arbeitskonferenz (International Labour Conference): Tritt einmal jährlich in Genf zusammen, beschließt Rechtsakte und das Budget der ILO. Im höchsten Organ der ILO hat jeder Mitgliedstaat vier Delegierte, davon zwei Vertreter der Regierung und je einen Vertreter der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen. Verwaltungsrat (Governing Body): Die Exekutive der ILO besteht aus 56 Vertretern (und ebenso vielen Stellvertretern) und trifft sich dreimal jährlich. Auch hier ist das Verhältnis der Vertreter 2:1:1. Zehn der 28 Regierungssitze werden permanent durch zehn Staaten „großer industrieller Bedeutung“ gehalten (Brasilien, Volksrepublik China, Frankreich, Deutschland, Indien, Italien, Japan, Russische Föderation, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten), die restlichen 18 werden alle drei Jahre gewählt. Die Vertreter aus Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen werden persönlich gewählt.

Internationales Arbeitsamt (International Labour Office): Übernimmt die Funktion eines Sekretariates der Internationalen Arbeitsorganisation und führt unter anderem regelmäßige Statistiken über die Arbeitsmarkt- und arbeitsrechtliche Situation in den Mitgliedsländern.

Quelle: Wikipedia

Weltsozialforum

Das Weltsozialforum ist eine Gegenveranstaltung zu den Gipfeln der Welthandelsorganisation (WTO), dem Davoser Weltwirtschaftsforum und den jährlichen Weltwirtschaftsgipfeln der Regierungschefs der G8-Staaten. Es fand in den Jahren 2001 bis 2003 jährlich in Porto Alegre (Brasilien) und 2004 in Mumbai (Indien) statt und ist zu einem Symbol für die Bewegung der Kritiker der neoliberalen Globalisierung geworden. 2005 fand das Weltsozialforum wieder in Porto Alegre statt. Während es 2006 in Afrika, Asien und Lateinamerika gleichzeitig stattfindet, ist für 2007 wieder ein zentrales Weltsozialforum geplant, diesmal in Afrika.

Quelle: Wikipedia